

## Wahlprüfsteine „Reformbedarf der Finanzmärkte 10 Jahre nach der Krise“ zur Bundestagswahl 2017

Ein stabiles Finanzwesen sollte zu allererst den BürgerInnen und der Realwirtschaft dienen sowie Anreize zum Erhalt unserer natürlichen Grundlagen bieten. Um dies zu erreichen, sind grundlegende Änderungen des Finanzsystems, seiner Regulierung und bei der Gestaltung des Wettbewerbs im Finanzmarkt notwendig. Insbesondere die Verbesserung der Transparenz von Finanzprodukten und -dienstleistungen soll eine demokratische Kontrolle und kritische Begleitung dieser Prozesse ermöglichen. Diese angestrebten Änderungen und Reformen des Finanzwesens orientieren sich zudem an anspruchsvollen sozialen und ökologischen Kriterien. Dabei spielt auch die kritische Reflektion der bestehenden Geldordnung eine wichtige Rolle, mit dem Privileg der Banken zur Geldschöpfung.

Die folgenden 16 Fragen sollen dazu dienen, diese Themen verstärkt auf die politische Agenda insbesondere zur Bundestagswahl zu setzen und einen gesellschaftlichen Dialog über den Nutzen des Finanzwesens für BürgerInnen und die Realwirtschaft zu initiieren. CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie FDP und AfD haben zu den Wahlprüfsteinen Stellung bezogen.

Diese Wahlprüfsteine wurden zusammengestellt von den folgenden Organisationen:



Die beteiligten NGOs zeichnen diese Wahlprüfsteine im Rahmen ihres jeweiligen Mandates mit.

Die Wahlprüfsteine werden zudem inhaltlich unterstützt von Rainer Geiger, Rechtsanwalt.

Die Zusammenfassung und Einordnung der Parteiantworten wurde vorgenommen durch:

- (FW) Finance Watch Brüssel
- (RG) Rainer Geiger
- (IFF) Institut für Finanzdienstleistungen
- (FF) Facing Finance

**1a) Was tut Ihre Partei um die Abhängigkeit der Politik vom Banken- und Finanzsystem zu verringern?**

Die CDU/CSU verweist auf die Erfolge ihrer Regierungsarbeit und stellt ihren Beitrag zu der Vielzahl der internationalen, europäischen und nationalen Gesetze zur Regulierung der Banken und Finanzmärkte der vergangenen Jahre heraus. Obwohl die Regulierung der Schattenbanken, die Eigenkapitalgewichtung der Staatsanleihen und die Europäische Finanzmarktaufsicht auf der Agenda für die nächste Wahlperiode stehen, gehört die CDU/CSU damit nach wie vor nicht zu den Protagonisten einer strengeren Finanzmarktregulierung. Die SPD verweist lediglich auf den europäischen Bankenabwicklungsmechanismus, ohne auf die Lücken dieses Systems – siehe Italien - einzugehen. Eine detailliertere Agenda für die nächste Regierungsperiode wird nicht vorgestellt. DIE LINKE stellt das Missverhältnis zwischen Finanz- und Realwirtschaft heraus und strebt die Entwicklung von Alternativen zum heutigen Finanzkapitalismus an. In diesem Zusammenhang betont sie ihre Aktivitäten und Kooperationen mit außerparlamentarischen Akteuren. Sie macht allerdings ebenfalls keine Aussage zu ihrer Agenda. Die FDP bezieht klar Stellung für die „Bail-In“ Regeln des europäischen Haftungsmechanismus und betont, dass das Geld des deutschen Steuerzahlers nicht für die Rettung von Banken verwendet werden darf. Allerdings lehnt sie die dritte Säule der europäischen Bankenunion und damit eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung strikt ab. Die Stellungnahme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formuliert klare politische Ziele, damit sticht sie unter den befragten Parteien hervor. Höhere Eigenkapitalvorschriften, Trennbanken, europäische Ratingagentur, stärkere Aufsicht und Schutz der Kleininvestoren sollen das „too-big-to-fail“ Problem angehen. Besonders bemerkenswert sind aber auch die Forderungen nach verbesserter demokratischer Kontrolle bei Parteispenden und nach erhöhter Transparenz bei politischer Lobbyarbeit von Interessensvertretern. Die AfD sieht ebenso das Problem systemrelevanter Banken, bietet allerdings keine Lösungsvorschläge an. - (FW)

**1b) Dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei zum Thema Eigenkapitalanforderungen der Banken. Unterstützen Sie den Vorschlag der Erhöhung der Leverage-Ratio auf 5%?**

Die CDU/CSU verweist darauf, dass die Eigenkapitalanforderungen bereits erhöht wurden und sieht hier keinen weiteren Handlungsbedarf, die 3% Eigenkapital weiter zu erhöhen. Im Gegenteil sollte man im Sinne der Proportionalität kleinere und regionale Banken entlasten. Die SPD ist wenig konkret in ihrer Aussage und schreibt vage von der „Unterstützung internationaler Bestrebungen zur Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen“, ähnlich wie DIE LINKE welche eine Stärkung der Eigenkapitaldecke von Banken grundsätzlich befürwortet, aber ihre Hauptaufgabe beim Unterbinden verlustträchtiger Finanzgeschäfte sieht. Die FDP verweist sachkundig auf die Problematik der Anwendung bankeigener Risikomodelle bei der Eigenkapitalhinterlegung. Allerdings macht auch sie keine konkrete Aussage zu einer notwendigen Erhöhung des Eigenkapitals von Banken. Demgegenüber unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar diesen Vorschlag und fordern sogar darüber hinausgehend 10% Eigenkapital für die Banken. Bei der AfD gibt es keine explizite Beschlusslage. - (FW)

**1c) Dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei zur Trennung von Investment- und Geschäftsbanken.**

Alle Parteien sprechen sich für irgendeine Trennung von Investment- und Einlagengeschäft von Banken aus, auch wenn die AfD betont, es gebe dazu noch keinen direkten Beschluss. CDU/CSU und FDP verweisen dabei auf das von ihnen 2013 beschlossene Gesetz, welches allerdings eine schwächere (unternehmensinterne) Trennung der Geschäfte vorsieht, im Gegensatz zu bereits bestehenden Regeln in den USA oder Großbritannien. Bei AfD und SPD ist unklar, ob sie eine starke (organisatorische) Trennung befürworten, die AfD hält außerdem die „Schöpfung von Kreditgeld faktisch aus dem Nichts“ durch Banken für das „grundlegendere Problem“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dagegen – zumindest als „Ultima Ratio“ - eine „Entflechtung“ und wollen außerdem „Market Making“ (Handel, bei dem eine Bank anderen Handelsteilnehmern zusagt, jederzeit zu handeln) als Teils des Investmentbankings werten – was sinnvoll ist – und eine „stärkere Fusionskontrolle“ im Hinblick auf zu große systemrelevante Banken. Auch DIE LINKE fordert deutlich eine „Aufspaltung dieser beiden Geschäftsfelder“, um das Investmentbanking „auszutrocknen“. - (FW)

**1d) Was tun Sie um das dreigliedrige Bankensystem in Deutschland zu schützen und kleinere Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu stärken? Gehen Sie hier bspw. auf den hohen Regulierungsaufwand von kleinen Banken im Vergleich zu Großbanken ein.**

DIE LINKE spricht sich als einzige Partei explizit für eine Abkehr vom Drei-Säulen-Modell aus und will stattdessen nur eine „Konsolidierung auf die öffentlich-rechtliche und auf die genossenschaftliche Säule“, sprich eine Vergesellschaftung der Privatbanken. Dabei sollen sich die Landesbanken aus dem Kapitalmarktgeschäft zurückziehen, womit DIE LINKE immerhin darauf reagiert, dass auch öffentliche Banken stark in die Finanzkrise involviert waren. SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und FDP wollen kleine, mittlere und regionale Genossenschafts- und Privatbanken sowie Sparkassen bei der Regulierung entlasten, weil sonst die Großbanken einen Wettbewerbsvorteil haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern zusätzlich die Großbanken zu „schrumpfen“ und „in manchen Fällen“ zu entflechten, außerdem soll die Aufsicht mehr die großen Banken statt – wie jetzt – die kleinen und mittleren Banken kontrollieren. Die AfD will die Sparkassen und Genossenschaftsbanken schützen, indem sie sich für nationale und gegen europäische Sicherungssysteme und die EU-Bankenunion einsetzt, da letzteres Großbanken und „systemrelevante“ Banken befördere, ansonsten ist sie insgesamt für „geringere Bürokratie“ in der Bankenbranche. - (FW)

**2a) Setzt sich Ihre Partei aktiv sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene für eine Verbesserung der Eigenkapitalregulierung der Banken in Sachen Staatsfinanzierung ein? Dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei anhand der Stellungnahme Ihrer Abgeordneten im EU-Parlament zum gegenwärtigen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Revision der CRDIV/CRR Regulierung.**

Bei der Frage der Privilegierung von Staatsanleihen zeichnet sich ein weitgehender Konsensus ab. Danach sollte grundsätzlich Eigenkapitalhinterlegung gefordert werden (CDU/CSU). Die SPD fordert einen Abbau von Staatsanleihen in Bankbilanzen, macht hierzu aber keine konkreten Vorschläge. CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sind sich einig, dass die Nullgewichtung des Risikos bei Staatsanleihen systemwidrig ist und abgeschafft werden sollte, dies jedoch progressiv (hierzu ausdrücklich CDU unter Bezugnahme auf einen Vorschlag des Bundesbankpräsidenten). Lediglich DIE LINKE hält daran fest, Staatsanleihen bei der Eigenkapitalsicherung besser als Darlehen an den Privatsektor zu behandeln, um die Finanzierung staatlicher Aufgaben nicht zu erschweren. Keine Stellungnahme seitens der AfD. - (RG)

**3a) Bitte skizzieren Sie kurz das Konzept und die Vorschläge Ihrer Partei im Hinblick auf die Reform der Europäischen Finanzaufsicht.**

Alle befragten Parteien treten, zumindest langfristig, für eine funktionelle und institutionelle Trennung von Geldpolitik und Finanzaufsicht ein, wobei allerdings BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Vorteil eines gemeinsamen Standortes betonen. Hinsichtlich der Befugnisse der Aufsichtsinstanzen gibt es Nuancen. Am stärksten treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine starke europäische Finanzaufsicht ein. Andere Parteien äußern sich hier mit etwas Zurückhaltung. Für die CDU/CSU bleibt der Punkt auf der Tagesordnung und sollte nach einer systematischen Bestandsaufnahme der bisherigen Erfahrungen neu überdacht werden. Die SPD sieht im BREXIT eine Chance, die Verteilung der Kompetenzen und der Standorte neu zu überdenken. Grundsätzlich ist man sich über das Prinzip der Subsidiarität einig, wobei kleinere Bank- und Finanzinstitute weiterhin nationaler Überwachung unterliegen könnten und differenzierte Kriterien für die Mittelstandsfinanzierung mit geringen Risikofaktoren in Frage kämen.

Als einzige Partei nimmt DIE LINKE zur Frage der Systemrisiken von (innovativen) Finanzprodukten Stellung. Hierzu wird ein Genehmigungsverfahren, gekoppelt mit spezifischen Risiko-Analysen (Finanz-TÜV) vorgeschlagen, was zu einer Verringerung von Kapitalmarktaktivitäten führen könnte. Allerdings bleibt DIE LINKE über die hierbei anzuwendenden Kriterien vage. - (RG)

**4a) Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag der schrittweisen Abschaffung der Risikogewichtung des Eigenkapitals und des Ausweises von „ungewichtetem“ Eigenkapital ohne weitere Differenzierung in Typen von Eigenkapital? Dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei zu diesem Thema.**

Die CDU/CSU bleibt bei ihrer Position, dass die absolute Höhe des hinterlegten Eigenkapitals von Banken ausreichend sei und genügend Sicherheit biete. Lediglich kleinere Banken sollten entlastet werden. Die SPD antwortet erneut vage und „unterstützt die internationalen und europäischen Bestrebungen“. Interessant ist die Forderung der SPD von Banken „hinreichend viel nachrangiges und wirklich verlustfähiges Fremdkapital vorzuhalten, damit das Bail-In auch praktikabel wird“. Damit fordert die SPD von Banken sich möglichst viel und tragfähig zu verschulden, so dass im Falle der Rettung 8% Fremdkapital zur Abschreibung der Verluste vorhanden sind. DIE LINKE möchte die Schlupflöcher bei der gegenwärtigen Risikogewichtung des Eigenkapitals von Banken einschränken, ist jedoch gegen die Abschaffung der internen Risikomodelle und eine pauschale Vorgabe von nicht-risikogewichteten Eigenkapitalquoten. Sie befürchtet Nachteile für Banken mit seriösem Kreditgeschäft. Die FDP hält die gegenwärtige Regelung und die damit einhergehende Komplexität für angemessen, da nur so die notwendige Differenzierung der Risiken entsprechend der verschiedenen Geschäftsmodelle möglich sei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert klare und einfache Regeln, dazu gehört unter anderem die Einführung einer ungewichteten Eigenkapitalquote welche schrittweise auf 10% angehoben werden soll. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahme sollen Banken zukünftig Standardrisikomodelle anstatt eigener interner Risikomodelle zur Gewichtung des Eigenkapitals verwenden. Bei der AfD gibt es zu diesem Thema noch keine Beschlusslage. - (FW)

**5a) Bitte dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei zum Hochfrequenzhandel sowie zur Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer.**

CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bekennen sich zur Finanztransaktionssteuer. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE sehen die Steuer zudem als ein zentrales Mittel zur Eindämmung des Hochfrequenzhandels an. Als weiteres Mittel nennen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD Mindestverweildauern bzw. –haltefristen für Aufträge. Dies würde den Handel stark entschleunigen und wurde auch vom Europäischen Parlament und in der Bundestagsanhörung zu diesem Thema bereits von einigen Vertretern der Finanzwirtschaft gefordert. Die CDU/CSU schränkt ihr Bekenntnis allerdings insofern ein, als dass die Altersvorsorge nicht belastet und das Interesse des Finanzstandortes Deutschlands gewahrt werden soll. Dieser Einwand ist insofern zweifelhaft, als dass eine nachhaltig organisierte Altersvorsorge mit Fonds, die langfristig anlegen, von der Steuer kaum betroffen wäre. Die CDU/CSU verweist weiterhin auf das in Deutschland von ihr beschlossene Gesetz, das zwar keine Mindestverweildauern bzw. –haltefristen enthält, dafür aber schwächere – und an sich auch sinnvolle – Maßnahmen wie eine Erlaubnispflicht für Händler. Die AfD teilt zwar die in der Frage geäußerten Bedenken, hat aber keine Beschlusslage zur Steuer. Nur die FDP lehnt die Steuer explizit ab. - (FW)

**6a) Dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei zum Privileg der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken. Sind Sie für eine Abschaffung bzw. Eingrenzung dieses Privilegs? Sollte die Politik den Giralgeldschöpfungsprozess kontrollieren?**

Die SPD, die CDU/CSU und die FDP möchten an dem aktuellen Mechanismus der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken festhalten. Die SPD und die CDU/CSU sehen die Unabhängigkeit der Zentralbank in Gefahr, die CDU/CSU befürchtet zudem negative volkswirtschaftliche Konsequenzen bei der Einführung alternativer Konzepte. Die FDP ist für eine Ausweitung der Eigenkapitalanforderungen bei der Kreditvergabe, der adäquaten Berücksichtigung von Staatsanleihen in den Bilanzen und sie möchte innovative Finanzierungsformen fördern. DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben keine abschließende Position, beobachten aber die Debatte. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine höhere Eigenkapitalhinterlegung der Banken, was auch zu einer Verringerung der Giralgeldschöpfung führen würde, durch ein echtes Trennbanksystem könnte zudem eine Geldschöpfung für spekulative Zwecke verhindert werden. DIE LINKE kritisiert zudem, dass aktuell nur ein kleiner Teil des Giralgeldes zur Finanzierung der Realwirtschaft dient und sieht in der Ausdehnung der Mindestreserve auf Kredite (Aktivmindestreserve) einen Lösungsweg. Die AfD möchte darüber nachdenken, ob grundsätzliche Reformen am Geldsystem mit seinem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken zur Schöpfung von Kreditgeld notwendig sind, hat aber keine konkreten Vorschläge. - (IFF)

**6b) In einigen Ländern gibt es Überlegungen, eine staatliche sichere Alternative zum Giralgeld der Banken zu schaffen, eine Art „digital cash“. Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?**

CDU/CSU und SPD sehen keinen Änderungsbedarf. DIE LINKE hat hierzu aktuell keine Position, beobachtet aber die Debatte. Die FDP möchte die bestehende Möglichkeit des anonymen Bezahls mit Bargeld auf die digitale Welt übertragen, sie begrüßt alternative Tauschmittel wie Kryptowährungen und ist gegen deren staatliche Regulierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen der Idee des „digital cash“ grundsätzlich positiv gegenüber und sehen darin mögliche Vorteile für Verbraucher und Unternehmen, lehnen aber eine Abschaffung von Bargeld ab. Die AfD möchte darüber nachdenken, ob grundsätzliche Reformen am Geldsystem mit seinem Kartell aus Zentral- und Geschäftsbanken zur Schöpfung von Kreditgeld notwendig sind, hat aber keine konkreten Vorschläge. - (IFF)

**7a) Bitte dokumentieren Sie die Position Ihrer Partei im Hinblick auf die Integration von ökologischen und sozialen Zielen sowie guter Unternehmensführung (ESG) in die Gesetzgebungsverfahren und Regulierung des Finanzsektors. Bitte listen Sie hier konkrete Maßnahmen auf, deren Verwirklichung Ihre Partei in dieser Sache anstrebt. Welche Maßnahmen planen Sie auf den Ebenen G20, EU und national zu deren Umsetzung und Kontrolle?**

Die Mehrheit der Parteien sieht davon ab, verbindliche soziale und ökologische Mindestkriterien in die Regulierung des Finanzsektors aufzunehmen. Die CDU/CSU argumentiert, mit der Umsetzung der CSR-Richtlinie – welche vielfach aufgrund ihres geringen Wirkungsbereiches als unzureichend kritisiert wurde - bereits zu mehr Transparenz und somit zu mehr Nachhaltigkeit im Unternehmenshandeln beigetragen zu haben. Auch ähnliche europäische Initiativen würden in Zukunft durch CDU/CSU 1-zu-1 in nationales Recht umgesetzt werden. Die SPD dagegen möchte ökologische, soziale und menschenrechtliche Aspekte bei Investitionsentscheidungen stärken, indem unter anderem über deren Berücksichtigung bei Riester-Produkten transparenter berichtet wird. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine Erhöhung der Transparenz, und setzen dabei insbesondere darauf, klimarelevante Kriterien verstärkt in die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen einzubinden, und Ausnahmen von der Berichterstattungspflicht abzuschaffen. DIE LINKE dagegen geht mit der Einführung eines Finanz-TÜV, der Finanzprodukte auf ihre gesellschaftliche, volkswirtschaftliche und verbraucherrechtliche Wirkung überprüft, im Vergleich zu den anderen Parteien über eine bloße Erhöhung der Transparenz hinaus. In diesem Zusammenhang würden auch die sozialen und ökologischen Folgen von Finanzinstrumenten berücksichtigt werden. Hier fehlen jedoch noch klare Angaben zur Ausgestaltung eines derartigen Instrumentes. Im Gegensatz dazu verweist die FDP auf bestehende Anlagemöglichkeiten, welche soziale und ökologische Aspekte einschließen, und sieht darüber hinaus keinen Bedarf für weitere Regulierung. Die AfD hat derzeit keine Position zu dem Thema. - (FF)

**7b) Wie stehen Sie dazu, proaktiv Privatpersonen im Rahmen der Anleger- Informationspflicht auf die Möglichkeit einer sozialen bzw. ökologischen Geldanlage hinzuweisen?**

SPD und CDU/CSU befürworten die Möglichkeit, Anleger über soziale und ökologische Anlagemöglichkeiten bei der Beratung bzw. Geeignetheitsprüfung zu informieren, sprechen sich jedoch nicht für eine verpflichtende Information im Rahmen der Anleger- Informationspflicht aus. Die FDP verweist auf bestehende soziale und ökologische Anlagemöglichkeiten und sieht darüber hinaus keinen Bedarf für eine weitere Informationspflicht. Damit verlassen sich CDU/CSU, SPD und FDP auf die Nachfrage seitens der Verbraucher. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben dagegen eine verpflichtende Auskunft über soziale und ökologische Kriterien in Produktinformationsblättern sowie im Beratungsgespräch an. Auch DIE LINKE würde die Einführung einer derartigen Informationspflicht begrüßen. Die AfD hat derzeit keine Position zu dem Thema. - (FF)

**7c) Wie stehen Sie zu der verbindlichen Integration von konkreten ESG-Aspekten bspw. in die Altersvorsorge, insbesondere bei staatlich geförderten Finanzprodukten (bspw. Riester-Rente oder betriebliche Altersvorsorge)? Welche Mindestkriterien halten Sie auf welcher Basis für wichtig, und wer soll deren Einhaltung kontrollieren?**

CDU/CSU halten die derzeitige Informationspflicht, Anleger nach Vertragsabschluss darüber zu informieren, ob und wie soziale und ökologische Kriterien Anwendung finden, für ausreichend. Auch die FDP verweist auf die bereits bestehenden Anlagemöglichkeiten, welche soziale und ökologische Aspekte einschließen, und sieht darüber hinaus keinen Bedarf für weitere Regulierung. Die beiden Parteien hatten zuvor in der 17. Legislaturperiode die Abschaffung der vorvertraglichen Informationspflicht zu sozialen und ökologischen Anlagekriterien in der Altersvorsorge beschlossen, welche Anfang 2017 in Kraft getreten ist. Die SPD möchte diesen Schritt rückgängig machen und will sich dafür einsetzen, dass in den Informationsblättern für staatlich geförderte Riester-Produkte wieder bereits vor Vertragsabschluss ausgewiesen wird, inwiefern diese ethischen Kriterien entsprechen. DIE LINKE wiederum weist darauf hin, dass die verbindliche Integration von ESG-Aspekten in Riester-Produkte nur ein Teil-Instrument wäre, da der grundlegende Umbau des Rentensystems im Vordergrund stehe. Lediglich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten klar die Einführung von Mindeststandards für die staatlich geförderte Altersvorsorge und benennen dabei die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als Minimalstandard. Die AfD hat derzeit keine Position zu dem Thema. - (FF)

**7d) Welche Maßnahmen planen Sie, um mehr Transparenz von Finanzinstitutionen einzufordern, insbesondere im Hinblick auf ESG-Berichterstattungspflichten, Engagementprozesse und eine damit verbundene Offenlegung von Finanzierungen und Investitionen (insbesondere bei Lebensversicherungen und Pensionskassen)?**

CDU/CSU und SPD weisen darauf hin, dass mit der Umsetzung der CSR-Richtlinie bereits ein wesentlicher Schritt zu mehr Transparenz geleistet wurde. Auch die FDP sieht keinen Bedarf für weitere Regulierung in diesem Bereich. Der Geltungsbereich der CSR-Richtlinie schließt jedoch viele Unternehmen wie nicht-börsennotierte Großunternehmen in Deutschland von der Berichtspflicht aus. Ebenso bleibt die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland hinter den EU-Vorgaben zurück, da lediglich über materielle nicht-finanzielle Risiken berichtet werden muss, nicht jedoch über soziale und ökologische Risiken, die nicht unmittelbar geschäftsrelevant sind.

Dagegen strebt DIE LINKE an, insbesondere bei bundeseigenen Finanzinstituten auf mehr Transparenz bei Finanzierungen hinzuwirken und auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Finanzinstitute insbesondere beim Thema Klimarisiken zu mehr Transparenz verpflichten. Die AfD hat derzeit keine Position zu dem Thema. - (FF)



**7e) Wie stehen Sie zur gesetzlichen Regulierung von Investitionen in Unternehmungen, die von geltenden völkerrechtlichen Verträgen und internationalen Abkommen berührt bzw. erfasst werden (bspw. Verbot von Streumunition, ABC-Waffen, Kinderarbeit, ILO Kernarbeitsnormen, Pariser Klimaschutzabkommen)?**

Während FDP und CDU/CSU aufgrund der bereits bestehenden Verbote und Übereinkommen keinen zusätzlichen Bedarf für ein ausdrückliches Verbot von Finanzinvestitionen sehen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE insbesondere im Rüstungsbereich teilweise Investitionsverbote einführen, ebenso wie öffentliche Investitionen stärker nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten. SPD und AfD haben derzeit keine Position zu dem Thema. - (FF)

**7f) Wie möchten Sie sicherstellen, dass die Ziele des Nationalen Aktionsplanes für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) auch auf alle Finanztransaktionen (Finanzierungen, Investitionen) angewandt werden, insbesondere bei Instituten im öffentlichen Eigentum (hier: Landes- und Förderbanken)?**

CDU/CSU verweist auf aktuelle Beratungen, welche über eine evtl. Integration von sozialen und ökologischen Kriterien in die Anlagerichtlinien des Bundes entscheiden werden, betont aber die Schwierigkeit einer derartigen Integration. Die SPD verweist auf die bestehenden Verpflichtungen im Rahmen des NAP, ohne auf konkrete Umsetzungsmaßnahmen einzugehen, ebenso wie die FDP. DIE LINKE betont sich dafür einzusetzen, dass die Ziele des NAP umgesetzt werden, nennt jedoch keine konkreten Maßnahmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren als einzige Partei den NAP als unzureichend um den Anforderungen der UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte gerecht zu werden, da die unternehmerische Verantwortung nicht gesetzlich verankert wurde. Die Partei strebt daher eine Überarbeitung des NAP an, der auch dessen Geltungsbereich auf Finanzinstitutionen ausweitet. Ebenso müssen öffentliche Institute und deren Investitionen im Einklang mit den Zielen des NAP stehen, dies solle auch gesetzlich verankert werden. Die AfD hat derzeit keine Position zu dem Thema. - (FF)